



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

395 (27.8.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-216995](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-216995)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 10 Pfennig. Die monatlichen Bezüge verbleiben bei 30 Pfennig. Änderung der wöchentlichen Druckkosten notwendig werdende Preisänderungen vorbehalten. Postfachnummer 17996 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim L. 6. — Geschäfts-Verwaltung: Postfach 17996, Karlsruhe. — Fernspr. Nr. 7441, 7442, 7443, 7444. — Telegr.-Nr. 17996. — General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Bezugnahme pro wöchentliche Kolonnenzeile für Allgemeine Nachrichten 5,00 Markant. Kolonnen 2. — Kolonnen. Die Anzeigen zu bestimmten Tagen stellen und Ausgaben sind keine Garantierung übernommen. Keine Gewähr, Gewähr, Gewährleistungen usw. berechnen zu seinen Erzeugnissen für ungenutzte oder herabgesetzte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Austr. d. Fernspr. ohne Gewähr. Verlagsort Mannheim.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger · Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung · Welle u. Schall · Aus Feld und Garten · Wandern u. Reisen

### Auf morscher Brücke

#### Kompromißbemühungen

Berlin, 27. August.

(Von unserem Berliner Büro.)

Während in der Plenarsitzung die Einzelberatung der Vorlage ohne sonderliche Ueberstürzung vor sich ging, sind hinter den Kulissen die Kompromißbemühungen fortgesetzt worden, mit dem ersten positiven Ergebnis, daß am Abend dem Reichstag eine Reihe von Entschlüssen überreicht werden konnten, die Verbesserungen in der von dem Abgeordneten Hergt in seiner Rede angekündigten Richtung enthalten. Es handelt sich vornehmlich um einen vorkonventionellen Antrag zum Mantelgesetz, der von der Regierung fordert, daß sie eine Abklärung der Räumungsfragen erst nach dem Einverständnis der Räumungsgesellschaften und der Besatzungsmächte vornehmen soll. Eine ähnliche Forderung wird in einer Zentrumsentschließung erhoben. Natürlich sind diese Entschlüsse nicht so aufzufassen, als ob durch sie die eigentlichen Bestimmungen des Londoner Paktes geändert werden könnten, denn das würde den ganzen Paß hinwegräumen. Aber sie legen die künftige Politik der Reichsregierung auf eine Linie fest, die den deutschnationalen Ansprüchen — und mit gutem Gewissen kann man hinzufügen: auch denen der Regierungsparteien — gerecht wird.

#### Für die Deutschnationalen

Wird nun bald die Entscheidungsfunde schloßen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß im Laufe des heutigen Tages die über ihre endgültige Haltung schlüssig werden dürfen, nachdem ein Sturm von Telegrammen auf das deutschnationalen Parteizentrum niedergegangen ist, in denen die Annahme der Beschlüsse verlangt wurde, falls man uns erzählt, am Montag ein Gegenstand eingeleitet haben, der die Parteiführer von neuem schontend gemacht hat. Um ein möglichst zuverlässiges Bild von der Stimmung im Lande zu erhalten, hat nun der Vorsitzende zu heute eine Versammlung der Vorstehenden der Landesverbände der deutschnationalen Volkspartei in Berlin zusammenberufen. Sie wird unter dem Vorsitz des Parteiführers Dr. Hergt tagen. Von dieser Versammlung wird vermutlich der letzte entscheidende Einfluß auf die Haltung der Reichstagsfraktion ausgehen. Vor Beginn der gestrigen Plenarsitzung hatte die Fraktion eine kurze Besprechung, in der aber entscheidende Beschlüsse nicht gefaßt wurden.

Die zahlreichen Änderungsanträge, die gestern von der Partei und zu einem großen Teil auch vom Zentrum eingebracht wurden, und die den Zweck haben, den deutschnationalen die Zustimmung zum Londoner Paß zu erleichtern und zu erleichtern, sind, wie die Deutschnationalen noch spät abends zu erkennen gegeben haben, von ihnen als „nicht vollständig genügend“ befunden worden. Aus dieser, wohlgenährt, feinsinnigen, parteipolitischen Erklärung wollen heute verschiedene Blätter wissen, daß nunmehr auch der letzte Einigungsversuch gescheitert und die an sich morschen Brücke der Verständigung endgültig zusammengebrochen sei. Wir möchten diese Annahme für verfehlt halten, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß das Stimmungsbild nach dem Schluß der gestrigen Plenarsitzung wiederum ein paar Grade mehr in die Richtung der Reichstagsauflösung wies. Aber einen Abbruch der inoffiziellen Verhandlungen, die von der Deutschen Volkspartei und der Reichstagsfraktion einerseits und den Deutschnationalen andererseits — das Zentrum ist nach ausdrücklicher Feststellung der „Germania“ nicht beteiligt — bedeutet die deutschnationalen Antwort nicht. Das „A. Z.“, das ähnlich wie der „Vorwärts“ und die „Börsen-Zeitung“ alle diese Versuche für verlorenes Viebesmühe hält, nimmt an, daß die Deutschnationalen ihre Forderungen weiter in die Höhe schrauben, und daß sie trotz der gegenteiligen Versicherungen des Abgeordneten Hergt am Montag als Preis für ein Einlenken den Bürgerkrieg verlangen würden. Man wird erwarten müssen, ob diese Vermutung zutrifft. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß man auch gestern abend, d. h. 48 Stunden bevor die letztinstanzliche Entscheidung fallen soll, sich noch immer nicht schlüssig geworden ist. Sie halten sich, wenigstens haben wir diesen Eindruck, die für die durch die Änderungsanträge aufgeworfene, vorläufig noch offen und dürftigen gegebenenfalls dem ihr allerhöchste Wort wird die deutschnationalen Reichstagsfraktion erst sprechen nach der auf heute anberaumten Besprechung mit den Landesverbänden. Es ist also anzunehmen, daß wir heute Abend Klarheit haben werden.

#### Das Reichskabinett

Am gestrigen Abend nach der Plenarsitzung zu einer abendlichen Beratung zusammengetreten und hat sich mit dem Antrag der Wirtschaftspartei befaßt, ist aber zu dem Ergebnis gekommen, daß es von keinem ursprünglichen Standpunkt, wonach die Zweidrittel-Mehrheit für das Eisenbahngesetz erforderlich ist, nicht abgehen könne. Nach der Stimmung, die gestern abend bei den Parteien herrschte und die auch heute in der Presse zum Ausdruck kommt, erscheint die Annahme des Antrags, für den die Sozialdemokraten die namentliche Abstimmung verlangen, so gut wie ausgeschlossen.

Die „Volk-Anzeiger“ zu erzählen weiß, soll von den zuständigen Stellen erzwungen werden, gleichzeitig mit der Annahme der am Montag in Berlin eingeleiteten eine allgemeine Amnestie für politische Geiseln einzutreten zu lassen. Dr. Stresemann hat im Ausschuss dieses Vorhaben angelehnt und von sozialdemokratischer Seite wird jetzt verlangt, daß er die Antinomie vor dem Plenum in bindender Form wiederholt. Von einer solchen Forderung der Regierung erhofft, so wird behauptet, die Linke des Reichstages das Eintreten auch eines Teils der Kommunisten für die Demagogie, da diese an der Freilassung der politischen Geiseln ein großes Interesse hätte. Daß die Regierung die Hilfe der Kommunisten auf diese Art erkaufen will, erscheint uns freilich herzlich wenig wahrscheinlich.

#### Vermittlungsanträge

Von der Deutschen Volkspartei ist ein Antrag eingegangen, der in das Mantelgesetz über den Londoner Vertrag folgenden § 3a einzufügen soll:

„Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Vorkonventionen-Gesetzes

nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken:

- a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Versailler Vertrages bezeichnete Grenze hinaus besetzt sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925 geräumt werden.
- b) daß die Röhner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von den englischen Kronjuristen als notwendig anerkannt wurde.
- c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Besatzungsmächte gezogene Grenze nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande den Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschmälert werden.

Von der Deutschen Volkspartei liegen ferner zwei Entschlüsse vor. In der einen wird erklärt, daß die Annahme des Londoner Paktes keine Erneuerung der Anerkennung der Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeutet, daß vielmehr lediglich Einspruch gegen das im Versailler Vertrag über die Kriegsschuld gefällte Urteil erhoben wird.

In der zweiten Entschlüsselung wird erklärt: Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien dürfen nicht unter dem Druck fortwährender Ruhrbesetzung stattfinden. Ein Antrag v. Raumer (D. Sp.) verlangt im § 4 die Bestimmung, daß die Gültigkeitsfrist außer Kraft treten, wenn die 500 Millionen-Anleihe nicht zustande kommt.

Eine Entschlüsselung von Guérard (Zr.) erlaubt die Regierung auf eine Revision aller Anordnungen der Rheinlandkommission und auf die Rückführung des Okkupationsregimes auf das für die Sicherung der Besatzungstruppen unerlässliche Maß hinzuwirken.

#### Die wirtschaftlichen Folgen der ungeklärten Lage

(Spezialabteilung der United Press)

Am 27. August, 27. Aug. Das „Journal of Commerce“ stellt fest, daß der frühere Optimismus über die Londoner Verhandlungen durch einen gewissen Pessimismus ersetzt worden sei. Das Blatt betont, daß die Zeichnung der neuen Anleihe für Mittel-Europa an der Remonteur Börse fast zu einem Stillstand gekommen ist. Es wird erwartet, daß dieser Zustand bis zu einer endgültigen Klärung der Angelegenheiten des Domesplans anhalten wird. Das „Journal of Commerce“ schließt mit der Bemerkung, daß die Gewährung kurzfristiger Kredite für die deutsche Industrie sehr unwahrscheinlich sei. Bis jetzt sind nur 30 Millionen Dollar aufgebracht worden, einschließlich der für die Schachische Goldkreditbank bestimmten Millionenbörse und des Kredits für Ausfuhr. Ueber die Kredite für das Deutsche Röhrenwerk sowie für die wiederholten Kredite für die Baumwollausfuhr nach Rußland werden die Verhandlungen noch fortgesetzt.

#### Die Stadt Mannheim an den Reichstag

Dringende Bitte, den Londoner Beschlüssen zuzustimmen

In einer außerordentlichen Stadtratsitzung der Stadt Mannheim wurde am Dienstag beschlossen, an den Reichstag folgendes Telegramm zu senden:

„Durch die Besetzung der Mannheimer Hafenanlagen in Verbindung mit der Errichtung der abgrenzenden Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wurde Mannheims blühender Handel schmerzlich und die bis dahin stark beschäftigte Industrie auf das schwerste geschädigt.“

Mit Ermächtigung eines einstimmig gefaßten Stadtratsbeschlusses richte ich namens der Stadt Mannheim die dringende Bitte an den Reichstag, den Londoner Abmachungen im Interesse einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens zuzustimmen.“

Der Oberbürgermeister:  
Ritter, Erster Bürgermeister.

Der Magistrat von Wiesbaden richtete an den Reichskanzler und den Reichstag nachfolgendes Telegramm: Magistrat und Vertreter der Stadt Wiesbaden bitten dringend trotz entgegenstehender schwerer Bedenken dem Londoner Abkommen und den zu seiner Durchführung notwendigen Gesetzen zustimmen, da andernfalls die Lage des besetzten Gebietes, insbesondere der wirtschaftlich aufs äußerste belasteten Stadt Wiesbaden unerträglich wird.

Die Reichsausschuss-Zentrumspartei ersucht in einem Telegramm die Reichsparteileitung, alle parlamentarischen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Annahme des Londoner Abkommens durchzusetzen.

Die Rheinische Industrie- und Handelskammer als Geschäftsführerin der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der besetzten Gebiete sandte an die Deutschnationalen Volkspartei zu Händen des Abg. Hergt ein Telegramm, dem wir folgendes entnehmen: Der Deutsche Industrie- und Handelskongress der Reichsverbände der deutschen Industrie und der Wirtschaftsausschuss für die besetzten Gebiete haben sich gemeinsam trotz schwerer Bedenken für die Annahme der Londoner Abmachungen ausgesprochen.

Im Interesse einer baldigen Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Lage der schwer gefährdeten pfälzischen Heimat sowie der hart betroffenen Ausgewiesenen und Gefangenen fordert die Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen Ausschüsse aller Organisationen in Bayern alle politischen Parteien des Reichstages auf, die Ergebnisse der Londoner Konferenz trotz aller Bedenken und großen Kosten anzunehmen.

Berlin, 26. August. Die Reichsregierung hat die Schlichtungskommission für den 29. August zu neuen Verhandlungen eingeladen.

#### Englands politische Sorgen

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

Die englische Parteienstimmung wird durch drei große politische Probleme beeinträchtigt: Die Reparationsfrage, den irischen Grenzstreit und die Böhren im Sudan. Es ist dafür gesorgt, daß auch englische Minister ihre Ferienaufgaben mit nach Hause nehmen.

Die Reparationsfrage und die Londoner Konferenz stehen noch im Vordergrund des Interesses. Der geniale Schachspieler, Mr. Snowden, hat sich erlaubt, den Premierminister Mr. MacDonald, daran zu erinnern, daß „des Lebens ungemessliche Freude keinem Sterblichen zuteil ward“. Nach Schluß der Konferenz war man hier allgemein geneigt, deren Gelingen als einen großen und unbefruchteten Triumph des englischen Premiers zu feiern. Zweifellos ist das Mr. MacDonald von englischer Seite erteilte Lob vollkommen berechtigt. Es läßt sich nicht bestreiten — und unsere Staatsmänner denken am wenigsten daran, es zu bestritten — daß die Konferenz von der führenden Persönlichkeit des hervorragenden Schottens mit bewundernswürdiger, staatsmännischer Kraft und Gemächtheit durch alle Klippen und Strudel bis zur endgültigen Landung hindurchgeführt wurde. Neben dem amerikanischen Einfluß schreibt man ihm mit Recht das Hauptverdienst hieran zu und ist überzeugt, daß dieser große Erfolg in keiner auswärtigen Politik ihm bei nächsten allgemeinen Wahlen gute Dienste leisten werde.

Rum hat aber der staatsmännlich ebenfalls außerordentlich hochstehende Kabinettskollege MacDonald, Philip Snowden, durch seine sehr offenherzigen Interviews in englischen Blättern die Defizitpolitik in England darauf aufmerksam gemacht, daß das Ergebnis der Konferenz auch keine Schattenfeste hat. Wohl verstanden, vom englischen Standpunkt. Man darf bei dem so stark geschätzten Problem der Reparationsfrage keine Sentimentalitäten erwarten. Die Staatsmänner sind verpflichtet, die rein materiellen Interessen ihrer Länder wahrzunehmen, wie Geschichtswissenschaftler ihres Kongresses. Dem Besatzungsgebiet mögen sie zuweilen gefühllos erscheinen, aber dies ist eine harte Welt, in der Gefühl nicht immer die richtige Rolle spielt. Trotzdem ist man in England aufrichtig überzeugt, daß die auf der Konferenz erzielte Einigung einen bedeutenden Fortschritt in der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands bedeutet. Woraus der Schachspieler herkommt, sind nur die Nachteile, die eventuell England aus dem Paß erwachsen können. Er hält die auf ein Jahr verlängerte Ruhrbesetzung für ein Hindernis in der Anbahnung der Anleihe in England, und soeben fürchtet er, daß von der französischen Industrie mit Hilfe der Besetzung von Deutschland erzwungene Handelsverträge der britischen Industrie schädlich werden können.

Das Pudels Kern ist ein englisch innerpolitischer. In England stehen in nicht allzu langer Zeit Neuwahlen zum Parlament bevor, ob noch in diesem Herbst oder im Anfang des nächsten Jahres, ist ungewiß. Bei diesen Wahlen möchte der Schachspieler ein starkes, populäres Freibudget zur „Hauptplanke“ in der „Plattform“ der Arbeiterpartei machen. Andererseits werden die Konservativen wieder den Schutz der britischen Industrie zu einer ihrer „Hauptplanken“ aufstellen, und wenn die französische Industrie tatsächlich große Vorteile von Deutschland erringen sollte, so würden die Konservativen erhebliche Gewinnchancen mit ihren schützenden Projekten erhalten.

Trotz dieser Besorgnisse ist weder Snowden noch irgendein besonnener Politiker hier Gegner des Konferenz-Resultats. Man ist in allen Kreisen, sowohl den maßgebenden politischen wie industriellen überzeugt, daß die hergestellte Einigung ungleich besser ist als keine Einigung, und daß sie, wenn auch noch durch manche Fühllosigkeiten und Bedrängnisse, doch schließlich zur friedlichen Entwicklung Europas führen werde. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man in Deutschland bei einem Widerstande gegen die Realisierung des Londoner Abkommens auf irgend welche Sympathie in denjenigen englischen Kreisen, die an der Konferenz Kritik üben, rechnen wollte. Die Nichtbefolgung des Abkommens vor dem 30. August würde, wie mir in maßgebenden Kreisen aufs ernste versichert wurde, uns aller künftigen Unterstützung durch England und Amerika berauben und eine für Deutschland und die ganze Welt katastrophale Lage schaffen.

Wenn wir Deutschen diese Hauptfrage der politischen Ferien mit dem englischen Kabinett teilen, so stehen wir keinen anderen beiden Problemen, dem irischen und dem ägyptischen, als durchaus neutrale Beobachter gegenüber. Interessiert haben sie uns nicht, selbst die beiden Länder Irland und Ägypten, besitzen einen romanischen Reiz für uns Deutsche. Nichts aber wäre verfehlt, als, wie feinerzeit bei den Auren, ihren Bewohnern gegenüber Gefühlspolitik zu treiben. Wir haben keinen Grund, England bei seinen internen Reichshändeln vor den Kopf zu stoßen.

In Irland hat seit Monaten erdenschlechte Ruhe geherrscht. Auch hier hat MacDonalds milde und doch feste Hand Frieden errichtet. Ueber der Wiederausbruch der Feindschaften zwischen Süd und Nord ist wieder in drabende Nähe gerückt. Es handelt sich um die Grenzstreitigkeiten zwischen Ulster und dem Freistaat. Durch die Home-Rule-Akte von 1920 wurden beinahe zwei Parlamente in Belfast, Irland geschaffen — eines für das protestantische Ulster in Belfast, das andere für den katholischen Freistaat in Dublin. Das letztere kam nie zustande und 1921 wurde zwischen England und Irland ein Vertrag abgeschlossen, der Irland den Status eines britischen Dominions verlieh. Nord-Irland wurde abgetrennt, innerhalb eines Dominions aus dem Dominion ausgeschlossen, worauf eine Kommission die Grenze zwischen Ulster und dem Freistaat festlegen sollte. Aber Ulster meldet sich handhelt, solche Kommission anzuerkennen. Es stellt sich auf dem Standpunkt, daß die Grenze durch die Home-Rule-Akte von 1920 festgelegt sei.

Den Hauptstreitpunkt bilden die Grafschaften Fermanagh und Tyrone. Ihre Einwohnerchaften sind in der Mehrheit Nationalisten — d. h. Anhänger eines freien Irlands, trotzdem wurden sie als Grenzlokale in die Provinz Ulster eingeschlossen. Ihre Wogen wollte De Valera und seine Anhänger den Vertrag mit England nicht anerkennen, während die Anhänger des Freistaats eine Reintegration der Ulster-Grenze in ihrem Sinne durch die zu ernennende Kommission in Aussicht stellen. Aber Sir James Craig, der Premierminister von Ulster sagt, es gäbe keine Grenzfrage. Ulster werde keine Getreuen niemals dem Süden ausstehen. Mittlerweile wird, selbst von englischen Konserven, Druck auf ihn ausgeübt, gültig in die Ernennung einer Grenzregulierungs-Kommission zuzustimmen. Der Präsident des Freistaats, Cosgrave, ist bereit, sich mit Craig behufs einer Verständigung hierüber in London zu treffen. Der Ausgang ist noch in der Schwebe. Wenn die gültige Einleitung einer Kommission gelingt, würde das englische Parlament Ende September erst Ende Oktober zusammentreten. Wenn nicht, wird Ende September eine Geheimpolize in England zum Parlament kommen, welche eine Grenzregulierungs-Kommission für Irland geschickt einleitet. Das würde zu kritischen Kämpfen der jetzigen englischen Regierung mit den Konservativen

# Herriots Erfolg vor dem Senat

## Die Auseinandersetzung mit Poincaré Poincaré verteidigt seine Politik

Y Paris, 27. Aug. (Von unserem Pariser Mitarbeiter.) Der Senat hat die Debatte über die Ratifizierung der Londoner Protokolle fortgesetzt. Bei der Eröffnung der Sitzung waren nur wenige Senatoren anwesend. In der Nachmittagsstunde füllten sich die Säle und der Redneraal.

Das Redneramt am Vormittag verließ ohne besonderes Interesse. Der Senator Emery referierte die drei Vorwürfe, die Herriot gemacht werden: Beschränkung der Rechte der Reparationskommission; die Frage der Sicherheiten und der interalliierten Schuldverhältnisse in London bereits an das Ruhrproblem geknüpft werden müssen; Herriot habe die Ruhr ohne Kompensationen aufzugeben. Der Redner weist nach, daß Herriot nicht anders handeln konnte. Er sei im Namen seiner Parteifreunde für das Vertrauensvotum. Im Namen der Opposition sprach am Vormittag der Senator Vapin. Er sucht unter dem Beifall der Linken nachzuweisen, daß Herriot in London die Rechtsfrage nicht genügend verteidigt habe und ruft aus: „Wir haben alles aufgegeben und nichts erhalten. Frankreich steht unter der Vormundschaft Englands.“ Nach einer kurzen Unterbrechung von Senator Bois, der behauptet, daß die Politik Poincarés die einzig richtige war, die überhaupt Deutschland gegenüber möglich war, wird der Senat um 12 Uhr 30 Min. vertagt.

Am Nachmittag eröffnete

möglichkeit hätte, daß das geräumte Köln von anderen Truppen besetzt würde, so sei es nicht zweifelhaft, daß es seinen Moment Moment würde, seine Truppen aus Köln zurückzuführen. Eine Kritik an der Haltung Herriots bezüglich dann die von der Rechten und vom Zentrum mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des früheren Ministerpräsidenten.

Die Rede Poincarés machte auf den Senat einen tiefen Eindruck. Die Rede wurde und seine wohlwollende Bemerkung wirkten äußerst überzeugend. Der Senat ist aber von vornherein entlassen. Herriots Stellung nicht zu erschweren. Der Senat wird die Tagesordnung, die die Ratifizierung der Londoner Protokolle und des Vertrages für das Ruhrgebiet ausrichtet, mit einer Mehrheit annehmen.

### Vertrauenserklärung für Herriot

Nachdem Herriot die Londoner Vereinbarungen gegen die Kritik Poincarés im Senat verteidigt hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Mit 2 gegen 44 Stimmen bei rund 80 Enthaltungen wurde folgende Tagesordnung angenommen:

Der Senat billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut auf sie, daß sie die Durchführung der Abkommen von London fortsetzt, daß weiterhin für die Sicherheit Frankreich die notwendige Garantie erhält, sowie daß eine befriedigende Regelung der interalliierten Schulden Frankreichs erfolgt, und gibt zur Tagesordnung über.

### Amnestieforderung für Coilloux

Die Kreditkommission des Senats hat den Vorschlag des Amnestiegesetzes, der Coilloux Amnestie gewährt, mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

### Die Presse zu Herriots Erfolg

Zu der Abstimmung im Senat schreibt der „Matin“, die Abstimmung sanktioniere, nachdem diejenige der Kammer bereits erfolgt sei, endgiltig die von Herriot in London besorgte Politik. Die Abstimmungen seien auf diese Weise ausgefallen und würden die Unterjochung Frankreichs erleichtern. Die persönliche Stellung des Ministerpräsidenten sei also zu Beginn der Verhandlungen den Verhandlungen erheblich gestärkt. — Der „Quotidien“ schreibt, die Abstimmung bedeute den endgiltigen Abschluß eines traurigen Kapitels der französischen Politik, den endgiltigen Sieg des neuen Geistes. — Im „Peuple“ heißt es: „Wie sind zum mindesten sicher, daß Poincaré an der eigenartigen Krankheit des bösen Blickes leidet. Wenn er an der Macht ist, so flüchtet sich sofort die klare Sonne des Friedens und der Zustand kriegerischer Abenteurer zieht heraus. Er zieht den Krieg herauf, das ist sein Weg. Er ist von der europäischen Szene verschwinden, wenn er nicht will, daß sein Name den schon so viele Mäler in Trauer versetzen, in der kommenden Zeit allgemein in die Hände aller vernünftigen wird. — Im „Gaulois“ heißt es, der Senat hat in der Kammer mit großer Mehrheit die Londoner Abmachungen ratifiziert. Das Schicksal ist, daß diese nacheinanderfolgenden Schwächen und Konzeptionen nach und nach nicht nur die materiellen Vorteile des Siegers, sondern auch seine moralischen rauen. Schon denken wir nicht mehr als Sieger.“

Die „Trois Journaux“ schreibt zu der Abstimmung im Senat, das Urteil Herriot-Poincaré, das stets höflich, obwohl lebhaft und mitunter sogar leidenschaftliche Formen angenommen habe, sei ausgesprochen zum Vorteil des Ministerpräsidenten Herriot ausgesprochen. Denn sei jeder Zweifel zerstreut. Das französische Volk sei zu Ende und zwar in Ehren zu Frankreich, deren Minister und republikanischer Ministerium, das es verstanden habe, zu unterscheiden zwischen den Verpflichtungen Frankreichs und denen, was die Eitelkeit einer einzigen Persönlichkeit bilde. Es wolle dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gerechtigkeit widerfahren. Er habe sich nur einen Augenblick lang demüht, in schönem Maße zu erscheinen und, wenn schon keine Gerechtigkeit, so doch Unparteilichkeit zu beweisen. Einen Augenblick habe man das unbestimmte Gefühl gehabt, daß er endlich seinen Weg nach Damaskus zurückgefunden hätte, aber der alte Adam sei bald wieder in Poincaré heraustraten. Man dürfe sich nicht betäubigen, daß Frankreich durch seine demokratischen Einrichtungen sich selbst wieder eine Regierung gegeben habe, die den Ruf der Freundschaft wiederhergestellt habe und die die Größe des Vaterlandes nicht nur in einer Vorkriegspolitik, d. h. in einer Politik des Unabwandes suche.

führen. Räter ist schon für viele englische Regierungen zum Stein des Anstoßes geworden. Doch vielleicht gelingt es Woodruffs diplomatischem Genie, auch hier eine Einigung zu erzielen.

Eine für das britische Reich vielleicht noch bedeutsamere Probe für die Staatskunst seines Vaters liefert die ägyptische Frage. In Ägypten ist man wohl der Meinung, daß das Regime der Arbeiterregierung in London eine günstige Gelegenheit für die Wiederherstellung der ägyptischen Einheit durch den Wiedereinzug des Sudan in das ägyptische Reich bilde. Man hat scheinbar vergessen, daß 1882 der liberale Gladstone, der gewiß kein Imperialistischer englischer Premier war, sich gezwungen sah, Alexandria zu bombardieren und Ägypten mit englischen Truppen zu besetzen. Im Sudan gibt es wieder — schon lange, aber die Gärung ist durch die Aufhebungen in Ägypten und Äthiopien wieder einmal aufgeworfen. In England schreibt man die jüdische Unruhe den Machenschaften der ägyptischen Nationalisten zu. Politisch ist die Lage folgende: Vor vier Jahren rief eine unter Lord Milner eingesezte Kommission, Ägypten unter gewissen Vorbehalten Unabhängigkeit zu verleihen. Zu den Hauptvorbehalten gehörte das Verbleiben des Sudan unter britischer Oberhoheit. Im Jahre 1922 kam jedoch ein Vertrag zwischen England und Ägypten zustande, in welchem dieser Vorbehalt nicht ausdrücklich erwähnt ist. Diese und andere Reservationen sollten später verhandelt werden. Die Ägyptier ignorieren nun den Vorbehalt bezüglich des Sudan, während die Engländer behaupten, daß er ihnen wohl bekannt war.

England hat in dem rund eine Million englischer Quadratkilometer großen Gebiet des Sudan ungeheure Kapitalien für Irrigation und Baumwollplantagen angelegt. 50.000 englische Plantagenbesitzer, Kaufleute, Beamte und Missionäre leben darin zerstreut. Aus diesem Grunde, sowie wegen seiner Lage am Seezug nach Ostindien ist es Lebensfrage für England, das 1898 von Ägypten zurückeroberte jüdische Band festzuhalten. Der englische Premier hat bereits in einer scharfen Rede an die ägyptische Regierung klar dargelegt, daß auch sein Kabinett diesen Standpunkt unerschütterlich vertritt. Zweifellos wird England, wenn nachher keine günstige Einigung mit Ägypten zu Stande kommt, seine Ansprüche auf den Sudan mit Waffengewalt verteidigen.

Sollte aber dort eine jüdische, religiöse Rebellion entbrennen, wie schon unter dem Mohd, so würde die Aufhebung eine militärisch sehr schwierige und gewollte werden, da nur ganz geringfügige englische Besatzungen im Sudan vorhanden sind. Diese sowie die 50.000 verteilten Engländer wären dem Unterjochung preisgegeben. Vorläufig haben sich jedoch die großen religiösen Führer im Sudan noch nicht einmündig geäußert, was heißt, weder hier, durch prompte Festlegung der Lage zu bleiben. Mittelterm werden Verhandlungen mit Ägypten über die dritte, sehr schwierige Heranabgabe des erholungsbedürftigen britischen Premiers führen müssen.

### Englische Wirtschaftsforgen

Die bevorstehenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beherrschen in zunehmendem Maße die englische Öffentlichkeit. Ein Leitartikel der „Times“ tritt die Befürchtungen wieder, die sich für den englischen Handel und die englische Wirtschaft aus der Durchführung des Dawes-Guthrie-Vertrages ergeben. Es heißt darin u. a.: Eine Nation, die auszuweichen sei, an das Ausland Zahlungen zu leisten, wolle ihre Ausfuhr erhöhen. Sie müsse daher ihre Preise niedriger halten, mit denen andere Nationen nicht konkurrieren könnten. Dazu käme dann noch im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages die freie Einfuhr nach Ost- und Westeuropa, während England nach Verfall des nicht mehr zu den wichtigsten Nationen gehören werde.

Deshalb müsse entweder England ebenfalls einen Handelsvertrag mit Deutschland schließen oder die Franzosen köpften die Güter ab. England würde außerdem einer deutsch-französischen Kombination gegenüber, deren Folgen gar nicht abzusehen wären. Das Blatt weist auf die ernste Depression im englischen Außenhandel und auf die in der Textilindustrie herrschenden Besorgnisse hin. Ähnlich läßt sich auch der „Daily Telegraph“ aus. Die deutsche Konkurrenz würde sich als Preis des Dawes-Vertrages in England wie in allen neutralen Mächten stark fühlbar machen.

### Deutscher Reichstag

#### Zweite Lesung der Durchführungsgeetze des Dawes-Abkommens

[7] Berlin, 27. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Die erste Lesung der Durchführungsgeetze zum Dawes-Abkommen war am Montag im mittelmittleren Saal beendet worden. Die zweite begann bereits am frühen Vormittag. Man hatte den unfähigen Stoff gesortiert. Jeder Fraktion war eine Redezeit von 1½ Stunden eingeräumt worden, über die sie nach Belieben verfügen konnte. So geschah es, daß die Redner zu Duzenden aufmarschierten — eine fast ununterbrochene Veranstaltung im Grunde, wenn man bedenkt, daß an den Gelegenheiten selbst ja nichts geändert werden darf, daß es sich ja eigentlich nur um Ja oder Nein handelt. Kein Wunder, daß das Haus selbst wenig Interesse für die Beratungen bezauberte. Das Für und Wider wendete sich das Temperament und Qualität der einzelnen Redner. Viel beachtet wurden die Ausführungen des Zentrumsgesandten Bammert vom Reichsverband der deutschen Industrie, der die Tatsache hervorhob, daß zahllose Kreditverträge verfallen würden, wenn man das Gutachten ablehne. Graf Bernstorff von den Demokraten verteidigte sich über die außenpolitische Lage; er wolle von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund solange nichts wissen, als noch fremde Truppen auf deutschem Boden ständen. Biswollen gilt die im großen und ganzen ruhige und sachliche Aussprache auf wahltagatorisches Gebiet über. Die sozialdemokratische Frau Sender weiterte mit jugendlichem Ungestüm gegen die Industrie, aber der Kommunist Roenen verbar ihr das Konzept, indem er, von den Nationalsozialisten mit gedämpftem Beifall bedacht, der Sozialdemokratie förmliche Sünden vorhielt, die sie in der Zeit, da sie das Ruder führte, auf sich geladen hat. Gegen 7 Uhr hatte man das Wort, sowie das Industrieobligationsgesetz gefällig hinter sich gebracht und wandte sich nun dem Kernstück, nämlich dem Eisenbahngesetz zu. Gegen 9 Uhr — früher, als man nach Lage der Dinge erwartet hätte — ging die Sitzung zu Ende, nachdem zuerst noch der Reichsverkehrsminister Deter den Staatssekretär Bergmann gegen Angriffe des Kommunisten Volenberg in Schutz genommen hatte. — Die Weiterberatung findet Mittwoch 1 Uhr statt.

#### Wahlvorbereitungen

Wie die Zentrum- und die Sozialdemokratische Partei, so treffen auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei Vorbereitungen für einen eventuell plöglich einbrechenden Wahlkampf.

#### Sozialdemokratische Agitationsanträge

[7] Berlin, 27. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die Sozialdemokraten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, mit sofortiger Wirkung die Renten aus der Invalidenversicherung um 100 Proz. zu erhöhen. Die Sozialdemokraten, deren Zentralorgan die Propaganda für die Reichsausschüsse heute in förmlicher Weise fortsetzt, will durch diesen Antrag offenbar für etwa kommende Neuwahlen ein wirkungsvolles Agitationsmittel schaffen. Nach der selben Richtung geht auch eine Interpellation dieser Partei, die sich auf die Not der Fürsorgebedürftigen bezieht und von der Regierung sofortige Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflicht verlangt.

\* Lloyd George: Adwilt's Nachfolger? Das Gerücht, daß Lloyd George sich vom parlamentarischen Leben zurückzuziehen beabsichtige, will entgegen allen Dementis nicht verkommen. In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß Lloyd George dann wieder an die Spitze der liberalen Partei treten werde. Lloyd George bereite eine Bewegung vor, um die Wählerchaft des Landes für sich zu gewinnen.

### Erleichterungen im Ruhrgebiet

Der „Daily Express“ meldet aus Brüssel, die belgische Regierung werde die loz. Offensivtruppen einschließlich Land, Artillerie und schwere Artillerie schon nächste Woche aus dem Ruhrgebiet nehmen und nur loz. Polizeitruppen zurücklassen. Falls die Engländer die Röhren Zone räumen, würden die Belgier gleichzeitig abziehen. Dazumund soll von den Franzosen bereits Ende nächster Woche geräumt werden.

#### Der Abbau der Ricam

Von der Ricam werden hier mit Nachdruck die Aufstellungsgeschäfte betrieben, da man in maßgebenden Kreisen in Paris und Brüssel bestimmt die Annahme der Londoner Abmachungen durch den Reichstag erwartet. Die letzten Entscheidungen der Ricamgaden werden zum Verkauf angeboten, finden aber so gut wie keine Nachfrage. Raumrecht wagt sich auch die Kritik deutscher und französischer Geschäftsleute an den Praktiken gewisser Ricamstellen an und wird ohne Zweifel manchen merkwürdigen Wägen bloßlegen. Auch die Zollbehörden sind im Abdruck. Beschlagnahmen, Zollstrafen und andere noch schwebenden Verfahren müssen bis zum 30. August rekrutiert werden. Die in Düsseldorf zusammentretenden Kommissionen werden militärische, wirtschaftliche und rechtliche Entscheidungen zu fällen haben. Der Beginn der Arbeiten hängt nur noch von der Entscheidung im Reichstag ab, bzw. von der Unterzeichnung der Londoner Protokolle am 30. August.

### Der Erzbergmörder Schulz

Wie aus Budapest gemeldet wird, ist der dortige deutsche Gesandte zur Berichterstattung über die Angelegenheit der Erzbergmörder und zur Beratung der weiter hierzu zu unternehmenden Schritte nach Berlin berufen worden. Die deutschen Kriminalbeamten wurden vor dem Untersuchungsrichter abermals Schulz gegenübergestellt. Die Gegenüberstellung hatte einen durchschlagenden Erfolg. Einige Fragen, die man an Schulz richtete, erwieben selbst für die ungarischen Beamten vor, daß man es tatsächlich mit dem gesuchten Erzbergmörder zu tun habe, der sich hinsichtlich seiner Vergangenheit in scharfe Widersprüche verwickelte. Schulz wurde auf die Probe gestellt, ob er russisch verlesse; die Probe fiel negativ aus. Damit war die Behauptung Schulz widerlegt, daß er aus Odesa komme. Der Kriminalbeamte Bloch kennt Schulz aus der Vorkriegszeit und hat ihn wiedererkannt; auch konnte er dem Untersuchungsrichter Photographien aus der Zeit vor dem Kriege vorweisen, die die Identität des Schulz einwandfrei erwießen.

Der Minister des Innern Hofmann erklärte Zeitungsbekanntmachern, daß die Polizei den angeklagten Heinrich Schneider, in welchem die deutschen Behörden den Wäber Erzbergers, Tilleffen, vermuten, mit aller Energie sucht. Bisher ist es ihr noch nicht gelungen, ihn ausfindig zu machen.

### Letzte Meldungen

#### Eine Ueberflutungskatastrophe

Magdeburg, 26. Aug. Die Elbe wurde durch die starken Niederschläge der jüngsten Zeit von einer Ueberflutungsmangkatastrophe heimgegriffen, die an Umfang das Hochwasserflut von 1900 weit übertrifft. Im Kreise Osterburg ist eine Fläche von etwa 120.000 Morgen von den Fluten bedeckt. Die Ernte kann hier als vollständig verloren angesehen werden. Heute morgen wollte eine Regierungskommission hier, um eine Hilfsaktion einzuleiten.

#### Komplotz gegen die Sowjetregierung

##### (Spezialdienst der United Press)

26. Madriwskod, 27. Aug. Die russische Polizei verhaftete 20 Führer eines Komplotzes zum Sturz der Sowjetregierung. Die Verhafteten beabsichtigten, die Monarchie unter der Führung des Großfürsten Nikolai und Cyril wieder aufzurichten. Die Polizei hat Beweise gefunden, daß die Verschwörer mit den russischen Monarchistenorganisationen in Charkiw und Paris in Verbindung standen. Ihre Tätigkeit in Madriwskod und anderen Orten zielte darauf hin, die Sowjetregierung durch organisierte Banden zu destabilisieren.

#### Neue spanische Niederlage in Marokko

Paris, 26. Aug. Die spanischen Truppen in Marokko haben eine neue Niederlage erlitten. Nach vierstägiger Belagerung fiel den Riffluten die Garnison Spaniafa mit der gesamten Belagerung in die Hände.

Berlin, 26. August. Die unter dem Verdacht des hochverräterischen Mordes verhaftete Witwe Krüger aus Hannover (Kreis Osterberg) hat ein Teilgeständnis abgelegt und angegeben, daß ihr letzter Gatte nicht, wie sie zuerst behauptete, selbst Hand an sich gelegt, sondern daß sie ihm mit dem Messer die Kehle durchgeschnitten habe.

\* Austritt aus der Deutschen Volkspartei. Wie die B. S. Korrespondenz mitteilt, ist Prof. Dr. Goerde-Brandenburg von dem Kriegs nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter aus der Volkspartei ausgeschieden. Prof. Goerde gehörte der Deutschen Volkspartei seit ihrer Gründung an. Er hat sich nicht mit aller Kraft vor allem im Kampf gegen das Verfallene Reich und die Schuldbügel eingesetzt. Sein Austritt wird mit den letzten politischen Ereignissen in Verbindung gebracht.

\* Thronis geht nach Genf. Der Brüsseler Korrespondent des „Zeitungsverlages“ hält es nahezu für sicher, daß Ministerpräsident Thronis zur Verarmung des Völkerbundes nach Genf gehen wird. Der Reichstag sei jedoch noch nicht fertig. Belgien wird nach dem Berichterstatter, keine besonderen Wirkungen oder Unterstützungspunkte einbringen.

# Allgemeiner Deutscher Sparkassen- und Kommunalbankentag in Stuttgart

Die am 25. August eröffnete Tagung, der u. a. 1200 Sparkassenmänner beizumohnen, nahm mit einem Vortrag des Geschäftsführers des Sparkassen- und Giroverbandes für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, Ruthmann, über die Aufwertungsfrage ihren Anfang. Unter dem einmütigen Beifall der Versammelten sprach sich der Referent für eine möglichst weitgehende Aufwertung der Spareinlagen aus. Eine Schuld an der Entwertung der Spargelder trifft die Sparkassen nicht. Die Anrechnung ihres Vermögens war durch gesetzliche Vorschriften geregelt, von denen nicht abzuweichen war. Auf diese Weise war das Vermögen der Geldwertuna rettungslos preisgegeben. Die zur Vermeidung fehlende Aufwertungsmaßnahme, so führte der Vortragende aus, würde nicht unerheblich vermehrt werden, wenn das Reich sich dazu verhalten würde, die sich nach im Besitz der Sparkassen befindlichen Treasantscheine vorausweise aufzuwerten.

Ueber die Förderung und Anrechnung der Sparfähigkeit sprach der Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes, Direktor Cremer, der einsehende Richtlinien für die planmäßige Erziehung der Bevölkerung zur früheren Sparfähigkeit in Familie, Schule, Hofort und Kontor gab. Die in der Kriegs- und Nachkriegszeit in weitem Maße entstandene Bedürftigkeit und Sorglosigkeit müsse auf das energischste bekämpft werden. Vor allen Dingen sei bei der heranwachsenden Jugend, in den Fortbildungsschulen, in den Jugendvereinigungen auf die Bedeutung des Sparfins hinzuwirken. Besondere Aufmerksamkeit sei einer zielbewußten stofflichen Sparpropaganda zuzuwenden. Verkehrsstellen (Eisenbahn Post) mühen die aufwändige Sparflecken anbringen, Reich und Staat die Verantwortlichkeit der Sparkassen durch Freilassung der kleineren Sparanlagen von Steuern und durch Wiederherstellung des Sparkassensystems unterstützen.

Oberrat Jurck, Direktor der Deutschen Girozentrale, sprach über die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, zu dessen Förderung eine gründliche Aufklärung der Bevölkerung über die Vorteile erforderlich sei, die durch den kommunalen Giroverkehr der gesamten Wirtschaft im allgemeinen und den Kunden der Sparkassen im besonderen erwachsen. Zur wirksamen Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der insbesondere nach den Reichs- und Staatsinteressen dient, müssen die Sparkassen als öffentliche Institute der Gemeinden und Gemeindeverbände die unabdingbare Unterstützung aller Reichs- und Staatsbehörden beanspruchen.

Die Liquidität der Sparkassen behandelte Generaldirektor Dr. Reicher-Mannheim von der Badischen Girozentrale. Auf Grund seiner Ausführungen wurde einstimmig die folgende Entschließung gefaßt:

„Infolge der Inflation sind bei allen Geldinstituten eigene und fremde Mittel in ungeordnetem Ausmaße zusammengeschmolzen. Die Sparkassen sind hierin wegen der ihnen auferlegten Anlagebeschränkungen am schwersten betroffen worden. Die Art der noch vorhandenen Einlagen hat sich wesentlich geändert. Spargelder stehen erst in geringem Umfange zur Verfügung. In der Hauptsache sind fast unanwendbare, kurzfristige Girogelder vorhanden. Dies bedingt im Zusammenhang mit der krisenhaften Wirtschaftslage erhöhte Vorsorge für die Liquidität. Bankrisikofreie Hypotheken und Tilgungsdarlehen an öffentlich-rechtliche Verbände können vorläufig noch nicht wieder gewünscht werden. Vorbedingung zur langfristigen Abwicklung des Geschäftverkehrs ist gegenwärtig mehr denn je eine ausreichende Flüssigkeitsreserve bei der Girozentrale. Als liquide Deckung für kurzfristige Kreditgeschäfte, deren Pflege unter den heutigen Verhältnissen in Verbindung mit dem Wechselkursgeschäft an

erster Stelle in Frage kommt, sind zu nennen: kurzfristige Wertpapiere, Warenwechsel mit guten Unterschriften, nicht verfallende Waren und Edelmetalle unter eigenem Verbehalt und Beleihung bis zu 50 Prozent des Marktwertes. Beschränkungen in der Beweglichkeit bei der Annahme solcher liquider Sicherungen müssen beseitigt werden. Ebenso ist Einräumung von Wechselkrediten durch die Reichsbank zu ermöglichen. Kredite sollen im übrigen im Interesse der Sicherheit und im Hinblick auf die Zweckbestimmung der Sparkasse nur innerhalb des eigenen Bezirks im Rahmen der unmittelbaren zur Verfügung stehenden Mittel gegeben werden.“

Nach der Mittagspause sprach Sparkassendirektor Zahradsky über die Sparkassen als Kreditquellen des Mittelstandes. Durch Aufnahme von bankmäßigen Geschäften haben sich die Sparkassen zu Banken des Mittelstandes entwickelt. Kaufleute, selbständige Handwerksmeister, Landwirte und andere mittelständische Berufsgruppen wünschen heute ihre sämtlichen Geldgeschäfte durch die Sparkassen zu erledigen. Im Interesse ihrer Sparhaber haben die Sparkassen das lebhafteste Interesse, diesem Wunsch zu entsprechen. Die Hauptaufgabe der Sparkassen als Volksbanken ist die Behebung der Kreditnot unter der Voraussetzung mehr als die anderen Volksbanken leiden. Der Vortragende gab dann aus seinen praktischen Erfahrungen heraus eine Fülle von Ratsschlägen, wie die Sparkassen, den Sparkassen zur Verfügung stehenden Mittel im Kreditgeschäft zur Erreichung eines größtmöglichen Nutzes verwendet werden könnten.

In der sich an die Vorträge anschließende Aussprache nahm die Aufwertungsfrage den breitesten Raum ein. Oberrat Krumbiegel-Dresden erklärte sich grundsätzlich für eine Bewilligung der Garantieverbände an der Aufwertung, machte jedoch auf die Belastung aufmerksam, die bei der Aufbringung der Mittel auch den Sparereisen erwachsen würde. Amtsgerichtsrat Dr. Heppel-Glücksbach wünschte, daß in der zu fassenden Resolution eine starke Betonung des Verlangens der Sparkassen, daß nach einer möglichst hohen Aufwertungsquote zum Ausdruck käme. Stadtkammerer Dr. Karding-Berlin sprach sich im gleichen Sinne aus und verlangte eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen, insbesondere der Kriegsanleihen. Er wünschte, daß der Aufwertungsfuß für alle Sparkassen einheitlich festgelegt werden sollte. Schließlich wurde die vom Vorstand vorgelegte Entschließung angenommen, die bereits in unserer heutigen Mittagsausgabe veröffentlicht ist:

Sparkassendirektor Arnold-Heppenheim berichtete über die vom Heffischen Sparkassenverband mit der Fortsetzung der Sparprämien gemachten Erfahrungen. Landrat Giese-Ravensbröche nachstehende Entschließung ein, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die auf dem Deutschen Sparkassentage versammelten Vertreter der Spar- und Girokassen und der kommunalen Banken erheben entschiedenen Einspruch, daß ihnen die Kreditquellen aus öffentlichen Mitteln nicht im gleichen Maße erschlossen worden sind als anderen Verbänden und Organisationen. Es muß verlangt werden, daß künftighin bei ähnlichen Anlässen zum mindesten eine gleichmäßige Verteilung öffentlicher Mittel erfolgt.“

In der weiteren Aussprache machte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geh. Rat Dr. Kleiner-Berlin ausführliche Mitteilungen über das Verhältnis der Sparkassen-Giro-Organisation zu den anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit von Auslandskrediten. Hierauf wurde die Tagesordnung durch den Vorsitzenden mit dem Ausdruck tiefempfundenen Dankes an die württembergischen Staatsbehörden und die Stadt Stuttgart für die ausgezeichnete Aufnahme geschlossen.

liegen geblieben. Es kam darauf an, den Schriftwechsel in einfach angelegener Form auf die einfachste Form zu bringen. Dies soll auf verschiedene Weise erreicht werden:

1. die Postanmeldestellen besetzen sich schon jetzt nicht mehr mit der Ermittlung einer bestimmten Art von Paketen geringwertigen Inhalts. Für diese Art der Sendungen werden Fehlmeldeordere, die nur für die Anmeldestellen Wert haben, nicht mehr ausgefertigt;
2. die Frist, in der die Postanmeldestellen die bei ihnen eingehenden Fehlmeldungen zu erledigen haben, ist endgültig von 3 Wochen auf 10 Tage herabgesetzt worden;
3. sobald der Empfänger als auch der Absender einer verloren gegangenen Sendung sollen mit der Abgabe von Erklärungen, Ausfertigung von Bordruden usw. fortan nur einmal befristet werden.

Belanntlich können die Fehlmeldeordere in den Fragebogen über die Art der Verpackung und des Inhalts, sowie über Größe, Inhalt und Wert der Sendung nur durch Nachfrage beim Absender ausgefüllt werden. In der Regel pflegt die Post dem Absender den Bordrud zur Ausfertigung dieser Spalten auszubändigen. Der Wegfall des Bordruds für bestimmte Arten von Paketen bedeutet somit schon für den Absender eine wesentliche Ent-

Das er täglich hier arbeite. „Aber das Herz ist abgeleiert, und die Augen wollen nicht mehr.“ Nur langsam kamen sich die Worte, denn abstrakte Gedanken machen seiner Rede Schwierigkeiten. „Bis vor kurzem konnte ich meinen gewohnten Weg herbei noch gehen, jetzt muß ich fahren.“ Er erzählt von seinem letzten (kurzen) in der Düsseldorf-Galerie Stern ausgestellten Werken, von ihrer Entstehung, erläutert mit lebhafter Geste das Motiv eines seiner Bilder „Weister und Schüler“.

Bangsam tritt er aus dem geräumigen Atelier, um aus einem Nebenraum eine letzte Stütze „Jülicher und Thierfelder“ zu holen. Inzwischen habe ich Zeit, das Milieu zu betrachten. Unter seiner Staffelei zieht sich in weitem Umkreis ein wenig verlockendes Stillleben von zerstreuten Steinen, Papier und Leinwandstücken, leuchtende Zapfen, keine Streichholzschachteln, Äpfel. Ich lächle und denke: Sind diese Wertstoffe nötig, um des Meisters Genium zu betonen, wie einst Schüler ohne seine legendären Tausen Kessel nicht dichten zu können vermeinte? Ich denke an das bahnmäßige Chambrageparlamentsheim Peter Jülicher, wo eine ähnlliche „geniale Anordnung“ anzutreffen war. An den Wänden sieht man Bild schief aufgehängt, kaum beständige Kohlenzeichnungen, Spinnwebverhangene perborierte Borderränge. Aus einem Leuchter zerrührt die Zahl 80.

Gebhardt hatte inzwischen keine Stütze auf eine kleine Staffelei gestellt und erlötete mir den Inhalt des Sujets.

Auf meine Frage, was er von dem Expressionismus halte, schüttelte der Meister traurig den Kopf. „Die Tradition kann nicht nachgeholt werden. Sehen Sie, der erste Mensch baut sich ein Haus. Er rammt die Pfähle ein. Raueinander. So und so. Nun sieht es aus und wandt nicht. Er bekommt ein Sicherheitsgefühl und aus diesem Gefühl heraus, schafft er. Diese Sicherheit mangelt der jungen Generation. Sie will nicht mehr zeichnen. Der anatomische Bau ist ihr Fettsüß. 3 Stunden Modell genügen für das ganze Leben. So glauben sie wenigstens. Die Zeit ist übrigens vorbei, wo das Publikum sich noch länger nachführen läßt. Juchhe für ein Geniemittel anzuführen.“

Als ich Grünewald erwähnte, führt mich Gebhardt aus dem Atelier in den Gang vor farbige Reproduktionen des Henheimer Mors. Und nun erbeite ich trotz all meiner Einwände eine mehr als merkwürdige Deutung Grünewolds.

„Das ist keine Herbstzeit, wie die Kunsthistoriker uns glauben machen, das ist Sentimentalität. Nicht als ob ich Grünewald unterschätze, verstehen Sie mich recht, aber wie vieles ist gewollt und nicht gefühlt! Letztendlich die Kunsthistoriker, so führt er fort, w'o'ieses Ichleben sie uns unter, model wir beim Schaffen nicht ge-dacht.“

Ich frone nach seinen Schülern. Sein Auge glänzt, als er von dem hochbegabten Feldmann spricht, der in der Rodusstraße

lastung. Soweit bei Paketen mit hochwertigem Inhalt die Fehlmeldebehandlung bestehen bleibt, soll der Absender erlötet werden, mit der Ausfertigung des Bordruds zugleich eine Erklärung über die Höhe seines Erklärungsanspruches abzugeben. Damit werden die Klagen der Erklärer aufgehoben, daß die Post mehr Wert auf die wiederholte Ausfertigung von Bordruden als auf schnellste Zahlung des Ertragbetrages lege.

## Ueber die Erteilung des Visums vom amerikanischen Konsulat

erführt die Leiterin der Auswandererberatungsstelle Badenurg, Hl. E. W. Trippmacher, von der Botschaft in Washington zur Orientierung der Auswanderungslustigen u. a. folgende sehr beachtenswerte Einzelheiten:

„Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Visa-Anträge ihrem Eingang gemäß der Reihenfolge nach bearbeitet werden, und daß eine Bevorzugung nicht gemacht werden kann. Eine drängende diesbezügliche Korrespondenz verursacht nur Verwirrung und führt zu keiner Beschleunigung. Da nur eine bestimmte Anzahl von Visa in einem Monat erteilt werden darf, wird sich die Erteilung der Visa für dieses Jahr bis Juni 1925 erstrecken.“

Es wird anheimgestellt, keine Vorbereitungen für die Reise nach den Vereinigten Staaten zu machen, bis das Visa wirklich erteilt worden ist, da eine große Menge besteht, daß viele schon eingereichte Anträge in diesem Jahre, d. h. bis zum Juni 1925, nicht berücksichtigt werden können.“

## Die Verkehrsinteressen der Bad. Schwarzwaldbahn

Auf Einladung und unter Vorhij von Triberg fand am Montag in Triberg eine Fahrplan-Konferenz über die Interessen der Badischen Schwarzwaldbahn statt. Die Besprechung war gut besucht, 25 Gemeinden der Schwarzwaldbahn von Offenburg bis Konstanz, ebenso die Handwerkskammern, Verkehrsvereine, Kartortnungen, Industriellenverbände und Hotelindustrie hatten Vertretungen entsandt. Veranlassung zu der Konferenz ist die Gefahr, daß anlässlich des von der Bahnverwaltung vorgelegenen Aufstellungs zweier Schnellzugverbindungen die Schwarzwaldbahn wieder in den unzureichenden Verkehrsstand vor dem 1. Juni zurückgeworfen wird, während die in Württemberg und Elsaß laufenden Konkurrenzlinien nach der Schweiz ihre Verbindungen systematisch zum Schoden der Schwarzwaldbahn ausbauen. Heute liegen die Dinge so, daß zu befürchten ist, daß die wenigen durchlaufenden Verbindungen wieder ein Opfer des Winterfahrplans werden könnten und damit der Abwanderung des Verkehrs über die West- und Ostlinien noch mehr zulage tritt.

In den Ausführungen des Bürgermeisters Reil-Triberg wie in den Spezialausführungen des Referates Herrn Romberg-Triberg wurde auf diese schleichende Gefahr ausdrücklich hingewiesen. Es dürfte auch die Reichsbahndirektion sich diesen Gründen umso weniger verschließen, als an dem guten Stand der Verkehrsbeziehungen auf und über den Schwarzwald auch die großen Städte des bodischen Unterlandes wie Karlsruhe und Mannheim in wesentlicher Form interessiert sind. Die Versammlung, die sich der Bedeutung der Frage voll bewußt war und ausschließlich die großen Gesichtspunkte für die Bahnlinie als Ganzes im Auge behielt, dagegen in wohlwollender Weise alle kritischen Sonderwünsche hinter sich ließ, stimmte den Ausführungen einstimmig zu. Als Hauptziele der an der Badischen Schwarzwaldbahn und ihrem Einflußgebiet einschließend der Linie Hausach-Neisach-Schiltach wurden die folgenden bezeichnet:

Beibehaltung der beschleunigten Personenzüge 1452/1453 mit Warendurchlauf zwischen Frankfurt und Konstanz und der Züge D 308/E 152 und D 307/E 153 Rheinland-Konstanz und zwar mit möglichst erweitertem Warendurchlauf, zumal die beschleunigten Personenzüge nachweislich ständig stark besetzt sind; Vermeidung des langen Stillstehens der Züge 152/153 in Offenburg; Ausbau des gesamten Durchgangsverkehrs auf der Schwarzwaldbahn wie vor dem Kriege auf der Grundlage des internationalen Verkehrs holländ.-abendl.-schwarzwaldb.-bodenlee.-schweiz.; größtmögliche Ausgestaltung des Fahrplans der Schwarzwaldbahn, soweit der Schoden überhaupt noch gut zu machen ist; Schaffung von Anschlüssen, besonders von und nach Roden an die jetzt blind in Frankfurt beginnenden und endigenden Schnellzüge D 156/D 159, sowie Beibehaltung der Speisewagen in diesen Zügen. Bessere Berücksichtigung der Winterferieninteressen der Schwarzwaldbahn und bessere Verknüpfung der Schwarzwaldbahn in der Abwicklung Fernverbindungen wie auch in den Streckenfahrplänen Roden-Basel.

Nach der Meinung der Versammlung kann gar nicht vorfristig genug in Einziehung von Jügen gerade auf der Schwarzwaldbahn vorgegangen werden, weil angefaßt der weiteren Beschäftigung des Eisenbahndienstes unter dem Einfluß des Londoner Wintertommens die Gefahr einer Benachteiligung und Beschränkung ohnehin gegeben erscheint. Es dürfte unter diesen Umständen angebracht erscheinen, den bisherigen Fahrplan möglichst ungeschädigt, jedenfalls in den Fernverbindungen, zu lassen, um nicht nach einer durch die Reichsbahndirektion Karlsruhe vorgenommenen Einschränkung sich der Gefahr einer übermäßigen Abnahme, die sich aus der neuen Form der Reichsbahn ergeben könnte, auszuweisen. Damit wäre für Wirtschaft und Verkehr auf

einen modernen Kreuzgang im Sinne seines Weistums erschaffen hat. Seinen früheren Schüler Erik Burmann, neben Renze und Dig, einer der bedeutungsvollsten Maler jüngerer Generation, spricht Gebhardt trotz seiner scharfen abnehmenden Einstellung gegenüber dem Expressionismus als ein Talent an, von dem für die Zukunft viel zu erhoffen sei.

„Mit welchem Alter Werke sind Sie heute noch entstanden?“ „Geben Sie zur Friedhofskapelle, wo ich mein Werk geschaffen!“ „Wollte der Meister damit andeuten, daß die Kraft des Alters ihn drücke?“

Auf eine Karte schrieb er mir dann seinen Namenszug. Er fragte nach dem Datum, und zählte mit den Fingern seiner trübsinnigen, wohlgeformten Hand die Zahl des Monats ab. Nichts Greifbares hat die Schrift des Meisters aufzuweisen.

In einem Wagen, der bereits eine halbe Stunde vor der Tür stand, verabschiedete ich mich von dem Rektor der Düsseldorf-Maler. Der Nachmittag lag mich vor Gebhardts Fresken in der Friedhofskapelle. Ich ließ mich erklimmern von der glühenden Art, mit der sein Pinsel religiös ergriffene Menschen zu Lichtern wußte, und in Gedanken sah ich die kleine Gestalt des Meisters vor mir, dessen Worte noch in meinem Ohre klangen.

## Pfälzische Maler in Darmstadt

Jahrelang hat man von Pfälzischer Kunst nichts gesehen und nichts gehört. Die politischen Wirren und der Druck der Besetzung ließ die Pfälzer gerade auf künstlerischem Gebiet zerfallen, die sonst wohl vom linken Rheinufer zum rechten führten. Andere Gründe liegen noch weiter zurück und gehen in eine Zeit, in der alte gute Tradition in Flammen und Zerstörungen endlicher Kriege und Kriege zerging. Die Pfälzer wurden in jenen Tagen zum Durchgangsland und zum Sammelbecken mannigfaltiger kultureller Einflüsse und Strömungen. Es schien so, als ob aus der alten Tradition kein Weg mehr in künstlerisches Revival führe. Und dennoch hat sich in der sonnigen, fröhlichen Pfalz ganz allmählich wieder eine Kunst herangebildet, die, wenig beachtet, nun den Sprung in die Öffentlichkeit tat. Es regt sich trotz aller Not und trotz allem Druck wieder im Pfälzischen und die künstlerischen Ausstrahlungen brechen sich in der heute in der Darmstädter Kunsthalle am Rheinort veranstalteten Ausstellung, für die die Arbeitsgemeinschaft Pfälzischer Künstler verantwortlich zeichnet, wie in einem Pfälzischen Spiegel. Und wenn man einen Bergsteiger nicht, amüßen dieser Inseln pfälzischen Kunstschau und der anderen arden auf der Reichshöhe, in der sich hellen, Boden und Württemberg vereinigen, dann muß man erstens erkennen, daß die Pfälzer sich sehr wohl leben lassen kann. Freilich! Gleichmüßig ist das Kunstschaffen keineswegs; es ist mancherlei darunter, was man hätte leben lassen dürfen. Aber im allgemeinen ist ein beachtenswertes Niveau

## Städtische Nachrichten

### Beschleunigung des Ersatzverfahrens

#### Ersatz für verloren gegangene Postsendungen

Das Verfahren der Ersatzleistung für verloren gegangene Postsendungen ist an gewisse förmlichkeiten gebunden, deren Erledigung geraume Zeit in Anspruch nimmt. Die Aufgabs- und Bestimmungspostanstalten müssen in ihrem Betriebe nach dem Verbleib der vermissten Sendung forschen, Absender und Empfänger müssen Erklärungen darüber abgeben, daß sie die Sendung nicht erhalten oder zurückgehalten haben und daß ihnen im Weiteren keine Rechte infolgedessen eine Sendung zugeht. Schließlich hat sich noch die Postanmeldestelle, bei der die Anmeldeunterlagen und unabringliche Pakete zusammenlaufen, mit der Ermittlung zu befassen. Auch bei regelrechem Verlauf des Verfahrens wird daher einige Zeit vergehen, bis der Verlust überwiegend nachgewiesen ist, und der Ersatzbetrag gezahlt werden kann. Unnötig ist die Vorkommnisse in dem Verfahren, das Ersatzverfahren durchsichtiger zu gestalten, die Bestimmungen zu vereinfachen und die Zahlung zu beschleunigen, nicht

Die Frauen führen uns. Löst sie uns vollkommen machen! Je mehr Einflüß sie haben, desto aufgeregter werden sie werden. Auf der geistigen Kultur der Frauen beruht die Weisheit der Männer. Sheridan.

## Eine Stunde bei Eduard von Gebhardt

Von Prof. Dr. Konrad Ott (Mannheim)

Auf den Namen Düsseldorf wird unser Vorstellungsvorermögen stets mit der Vision einer Kunststadt reagieren. Eine Generalin von Malern wird vor unserm geistigen Auge aufleuchten, die dieser Stadt einen besonderen künstlerischen Atem eingehaucht haben. Die ihren Ruhm mit der Palette unsterblich machten. Wanda aller freier, schuldlos-erleuchteter Menschheit sucht vor uns auf, wenn unsere Lippen den Namen Düsseldorf farnen: Von Goethes Freund Jachbi bis zu Hensbach und Kampf.

Ich frage eine innige Sehnsucht nach dieser Stadt im Herzen. Nach ihrer fast verströmten Schönheit, nach ihrem Glanz, den ihr über alle Traditionen durchstrahlt. Dem Augenblicksfall einer erhabenen Stimmungslage folgend, weile ich plötzlich wieder in ihr. Sorglos-selig schreite ich unter den dreißigjährigen haben Schönen des ehrwürdigen und personenen Hofgartens und überläßt mich demungslos der Erinnerung. Ich werde in die Wirklichkeit zurückgeführt durch französisches Gepolter, sehr wiederum die Lektoren wehen, und unwillkürlich frampft sich das Herz. Wie lang ist die schöne, deutsche Stadt noch unter fremdem Joche schlammten? Ich will die wehmütvolle Unterdrückung unsterblich und denke an das Wort, das ich im lieben Kreis des „Kunstlers“ am Abend vorher in mich aufzunehmen: „Gott verläßt kein Volk, dessen Geschichte und Künstler die Liebe zum Großen und Schönen begehren.“

Und gab es hier nicht einen Meister, der seit einem halben Jahrhundert dieser Liebe zum Großen und Schönen mit seiner reichen Kunst Ausdruck schuf? Der mit schlichter, harter Kraft ein großes Menschenschicksal und Göttliches als Symbole des Tragens für sich gehalten hat?

Der Gedanke an ihn hatte mich sofort in die Kunstakademie geführt. Ich habe vor der großen Türe seines Ateliers, Kopie gezeichnet an und betrete Meisters Gebhardts Heiligtum. Kein Raum der aufregten Zeit scholl in die Mittagsstille des hohen Raumes. Auf niedrigem Stuhle lag die keine unterste Geste, der 80-jährige Erzähler, die kurze Weile rousend, vor mir beim Wand auf der Staffelei. Etwas milde Augen blühen auf mich hin. Von trübsinniger Farbe ist das Auge alle Besitz des Meisters. Ich muß an Hans Thoma denken, an den ich auch der Barockmalerei. Wie die Farben eines Rollenranzen legt Gebhardt seine Worte. Ruhig, klar, in schlichter Ausdrucksweise erzählt der Meister.









